



## SOS - StandOrtSicherung - SOS

Es hätte so schön sein können! Nach den ersten ermutigenden gemeinsamen Aktivitäten von Belegschaft und Betriebsrat gegen die Angriffe der Unternehmensleitung in Sachen Ausgliederung, Flexibilisierung, Entgeltensenkungen u.a. (Horror-katalog) scheinen Widerstandskraft und Widerstandswille der Mehrzahl der Betriebsräte gebrochen. Über 1500 Unterschriften aus der Elberfelder Belegschaft, Briefe von Vertrauensleuten und jede Menge anderer Willensbekundungen, die sich dafür aussprachen, gemeinsame, auch überwerkliche Aktionen zu organisieren, interessieren diese Interessensvertreter anscheinend nicht besonders. Einige von ihnen laufen sogar herum und beklagen

### Feuerausträter...

sich, dass sie überall Feuer austreten müssten. Sie verbrennen sich lieber die Füße und den Mund, als dass sie die Herren da oben ein bisschen Feuer unter'm Hintern spüren lassen.

In Einzelgesprächen und Kleinversammlung werden unsystematisch vage Informationen gestreut. Wenn sie auch die Kolleginnen und Kolle-

gen nicht überzeugen, so verunsichern sie doch. Wenn es sein muss, werden auch schon mal, wie beim Kanzlerbesuch, ein paar Unwahrheiten über geplante Untaten der Belegschaftsliste zur Vernichtung von Arbeitsplätzen beigemischt, um die Stimmung unter Kontrolle zu bekommen und das eigene, immer düsterer werdende Licht heller funkeln zu lassen.

### Was ist die empfohlene Alternative zu Protestaktivitäten?

Verhandeln, hören wir. Als seien das Gegensätze! Man könnte zum Beispiel protestieren, um ein besseres Verhandlungsergebnis zu erzielen, um mehr Druck auf den Arbeitgeber auszuüben. Aber dieses Repertoire beherrschen unsere Verhandlungsspezialisten in den Kleinstkommissionen, wo knappe zehn Interessensvertreter über die Zukunft von Zehntausenden verhandeln, nicht. In der IG BCE ist das, was in jeder Metallbude eine Selbstverständlichkeit ist, nämlich mal auf den Tisch zu hauen, zum Tabu erklärt worden.

### Verhandeln oder nicht Verhandeln....

Kollegen das Problem betrachten. Natürlich muss für von Ausgliederung betroffene Kolleginnen und Kollegen eine möglichst gute Übergangsregelung abgeschlossen

### ...das ist nicht die Frage

werden.

Wer behauptet, wir würden uns solchen Verhandlungen verweigern, lügt vorsätzlich. Wir sprechen uns nur vehement dagegen aus, dass noch mehr Punkte, wie z.B. der Flexi-Pool für "übriggebliebene" Mitarbeiter, jetzt zeitgemäß "Bedarfsgerechte Einsätze zur Beschäftigungssicherung" genannt, Urlaub der Schichtarbeiter oder Dispo-Tage für Leitende mal eben mit verhackstückt werden.

Nachdem die Unternehmensleitung den Betriebsrat mitten in den Verhandlungen mit den Ausgliederungen so vor vollendete Tatsachen gestellt hat, hätte ein Betriebsrat allen Grund verstimmt zu sein.

Aber nein, unsere Verhandlungskommission übt sich in Nachsicht und lässt Gnade vor Unmut walten. Für ein paar Investitionszusagen, die, wie schon beim letzten Mal, sowieso bereits geplant waren, werden aller Voraussicht nach wieder reichlich Zugeständnisse gemacht. Während unsere Vertreter uns erzählen werden, wie sehr das Verhandlungsergebnis den Standort gesichert hat, bereitet das Unternehmen die nächsten Demontage vor. Kosten müssen ja schließlich weiter gesenkt und der Gewinn gesteigert werden. *Das sei in Amerika auch so.*



Der Belegschaftsliste wird vorgeworfen, sie würde sich Verhandlungen verweigern und damit die Beschäftigten im Regen stehen lassen. Diese Vorwürfe offenbaren nur die Undifferenziertheit, mit der einige Betriebsrats-

Fortsetzung nächste Seite ->

Es ist fünf vor Zwölf.

Ein Kurswechsel ist mehr als nötig!

Wir, die Belegschaftsliste, erneuern unser Angebot, mit allen Fraktionen im Betriebsrat über gemeinsame Aktionen zu beraten und diese durchzuführen.

Heute: Versammlung der Vertrauensleute  
Sagen Sie dem Unternehmen Ihre Meinung  
Sprechen Sie Ihre Vertrauensleute an!

"Standortssicherung" oder noch besser, *Bündnis für Arbeit*, bedeutet, dass ganze Bereiche nicht mehr

## SOS - "Save Our Souls!"

dazu gehören und für die verbleibende Belegschaft die Bedingungen schlechter geworden sind.

Doch es rettet uns kein höh'eres Wesen.

Das Widersprüchliche bei den Verhandlungsexperten ist, dass sie sagen, man habe keine Mitbestimmung bei Ausgliederung, und man fragt sich, auf welcher Grundlage die Verhandlungen dann eigentlich stattfinden. Tritt der Betriebsrat als Bittsteller ohne Rechtsgrundlage an? Muss er deswegen andere Verhandlungspunkte in die Waagschale werfen, Errungenschaften verkaufen?

Auch in einem solchen Falle würde Unterstützung aus der Belegschaft besondere Stärke für den Betriebsrat bedeuten. Aber anstatt die Stärke der Belegschaft strategisch

## Starke Belegschaft nutzen

einzusetzen, möchte er offenbar lieber ungestört von den Opfern seiner Politik tagen.

Wir erklären ganz unbescheiden, dass die Belegschaftsliste nicht nur Rückendeckung aus der Belegschaft gerne akzeptieren würde, sie wäre auch die kompetentere Verhandlungsführerin. Sie weiß nämlich im Unterschied zu hiesigen BCE-Kollegen, dass die Veränderung einer Sozialleistung des Unternehmens sehr wohl mitbestimmungspflichtig ist.

Es handelt sich bei der Ausgliederung ja nicht nur um den Rauswurf unserer Kolleginnen und Kollegen der Wirtschaftsbetriebe, sondern auch um den Abbau einer Sozialleistung gegenüber der verbleibenden Belegschaft. Wir haben uns schon Rechtsauskünfte eingeholt, um uns die optimale Umsetzung der Mitbestimmung in diesem Bereich zu erarbeiten.

Es gibt viele Fragen, von der Altersteilzeit bis zu Absicherungen im zukünftigen Haustarifvertrag mit der BayRest, die einer kompetenten und starken Verhandlungsführung bedürfen. Wir kennen auch den § 613a BGB, der in aller Munde ist, um die schwierige Situation zu umschreiben.

Wir würden so gerne verhandeln, aber man lässt uns einfach nicht.

Nun, wir haben keine Zweifel, dass die Belegschaft bei der nächsten Betriebsratswahl diese zweite Standortssicherung entsprechend quittieren wird. Aber bis dahin sind noch eineinhalb Jahre. Wer weiß, wie das Unternehmen bis dahin noch auseinander genommen wird? Auch im Hinblick auf noch bevorstehende Restrukturierungen ist es wichtig, dem Vorstand Grenzen zu setzen. Das ist unmöglich als Einzelkämpfer in Gremien mit Alleinvertretungsanspruch.

**Wir appellieren noch einmal an die IG BCE und alle anderen Betriebsräte der Werke, eine gemeinsame Gegenwehr mitzutragen, die den Unmut der Belegschaft für den Vorstand unüberhörbar werden lässt.** Vorschläge gibt es mehr als genug. Die Belegschaft wird sich nicht entmündigen lassen, wie es schon einige Beispiele gezeigt haben. Wenn die Interessensvertreter nicht ausreichend unsere Interessen vertreten, bleibt uns nichts anderes

übrig, als selbst die Stimme zu erheben und die Initiative zu ergreifen. **Oder sollten wir uns den Götzen internationale Wettbewerbsfähigkeit, Globalisierung und Shareholder Value wehrlos unterwerfen?**

**Die Belegschaftsliste fordert die verhandelnden Betriebsräte auf, der Elberfelder Belegschaft den aktuellen Verhandlungsstand schriftlich darzustellen.**

Auch wir werden nicht über alle aktuellen Details informiert, deshalb verzichten wir vorsichtshalber auf eine detaillierte Auflistung.



## Veränderungen im Betriebsrat

Unsere Kollegin **Eike Gardlo** ist aus dem Betriebsrat ausgeschieden.

Für sie rückt der in Betriebsratsarbeit erfahrene Kollege **Peter Rauh** nach, der auch die Aufgaben im Sozial- und im Jugend- und Bildungsausschuss übernimmt. Peter Rauh ist als Biologielaborant in der Toxikologie tätig und steht unter der Telefonnummer 8670 für alle Fragen zur Verfügung.

Den frei werdenden Platz im Ausschuss für Chancengleichheit kann die Belegschaftsliste nicht mehr besetzen. Da nach der Geschäftsordnung des Betriebsrates die Aufgaben des Ausschusses überwiegend "frauenorientiert" sind, aber keine Kollegin der Belegschaftsliste mehr zur Verfügung steht, bleiben unsere Mandate hier vorerst unbesetzt.



Peter Rauh

Betriebsräte der Belegschaftsliste; v.i.S.d.P. Margot Kellermann, Friedrich-Ebert-Straße, Haan  
(namentlich gezeichnete Beiträge oder Leserbriefe geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder)

**Klaus Annuß**, PH-OP ELB WP Ö+S, Geb. 52, Tel. 7307;

**Olaf Augustin**, PH-R CWL, Geb. 456, Tel. 8604

**Ulrich Franz**, PH-R SID, Geb. 459, Tel. 4475

**Michael Groß**, PH-EO-CP K, Geb. 405, Tel. 8465

**Siegbert Hufschmidt**, Betriebsrat, Geb. 54, Tel. (0202)36--7543

**Ralf Hochwald**, PH-OP ELB WP TR, Geb. 90, Tel. 7345

**Peter Rauh**, PH-PD Toxikologie, Geb. 508, Tel. 8670

**Björn Reitz**, PH-OP ELB AQ, Geb. 302, Tel. 2765

**Michael Schmidt-Kießling**, Betriebsrat, Geb. 54, Tel. 2546

**Gerd-Peter Zielezinski**, PH-OP-ELB WP Betr. 2/4/6, Geb. 9, Tel. 2608

**Ersatzmitglieder**

**Gabi Stallony**, PH-R CWL, Geb. 460, Tel. 5284

**Frank Samland**, PH-OP WP Betr. 1/3, Geb. 226, Tel. 7752

Die Belegschaftsliste im Internet: [www.belegschaftsliste.de](http://www.belegschaftsliste.de)

# SOS-Splitter

## Über den Zaun geblickt

In mehreren Bereichen haben Kolleginnen und Kollegen spontan die Initiative ergriffen und sind zu den Standortsicherungsplänen des Unternehmens aktiv geworden. Beispiele haben wir hier aufgelistet. Noch wirkungsvoller wäre es, wenn wir die Aktivitäten bündeln und den Widerstand vereinigen würden.

**Vertrauensleute des Geschäftsbereichs Chemikalien in Leverkusen** haben gegen den Willen ihres Betriebsrates eine Presseerklärung an 27 Tageszeitungen gesandt, in der sie ihren Protest zu den Bayer-Plänen zum Ausdruck bringen.

Auszug Presseerklärung:

*Sollte die Bayer AG ihre Ankündigung wahr machen ... werden mit einem vorher kalkulierten Zugeständnis die Forderungen zur Standortsicherung für die nächsten 1-3 Jahre durchgesetzt! Betroffen sind aber nicht nur Mitarbeiter der Firma Bayer. Der seit langer Zeit anhaltende Stellenabbau wirkt sich in zunehmendem Maße auf die gesamte Wirtschaft in Leverkusen ... aus. Waren vor 25 Jahren noch 45.000 bei der Bayer AG Leverkusen, sind es zum heutigen Zeitpunkt noch 23.000...*



## JAV-Wahl am 20.11.2000

Am 20. November findet in Geb. 512 von 8.00 bis 16.40 Uhr die Wahl zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) statt. Die öffentliche Auszählung beginnt im Anschluss, ebenfalls in Geb. 512. Der überwiegende Teil der KandidatInnen stellt sich erstmals zur Wahl. Aufgerufen, die neue JAV zu wählen, sind alle Auszubildenden, die das 25. Lebensjahr- und alle

Auch die **Vertrauensleute des Bereichs LS in Leverkusen** wollen, dass etwas passiert. In einem Schreiben an ihren Vertrauenskörpervorstand fordern sie die Durchführung einer Sonderversammlung für Vertrauensleute zum Zweck des Protestes.

Der **Betriebsrat Leverkusen** hatte zwar eine außerordentliche Betriebsversammlung für den 13.11. zur Standortvereinbarung einberufen. Allerdings fand sie um 15 Uhr statt, eine Zeit, die vielen Kollegen nicht möglich ist.

Elberfelder Betriebsversammlung erst später

Der Elberfelder Betriebsrat macht vorsichtshalber erst keine außerordentliche Versammlung, wie sie von der Belegschaftsliste im Auftrag von vielen KollegInnen gefordert wurde. Die reguläre Elberfelder Betriebsversammlung ist erst für den 5. Dezember vorgesehen.

## Belegschaftsliste korrupt?

Nach dem letzten Flugblatt der Belegschaftsliste, in dem sie ankündigte, angesichts des Kanzlerbesuchs am 26. Oktober auf Aktionen zu verzichten, wurde gefragt, wie viel wir denn von Bahn Müller dafür bekommen hätten. Es gab von vielen Seiten Spott, Ironie bis hin zu Unverständnis für unsere Haltung. Daher noch mal zur Erklärung: Wir glaubten, wie die meisten, natürlich nicht, dass eine freundlich gemeinte Aktion, die auf die Lage der Belegschaft aufmerksam macht, die Arbeitsplätze gefährdet oder Rausschmisser auslösen würde. Es geschah also nicht aus Angst.

Wir haben verzichtet, um den bis dahin bewahrten gemein-

samen Boden mit den anderen Betriebsräten nicht zu verlassen, und die Belegschaft nicht zu spalten. Viele fanden das im Vorfeld geschaffene Klima "DDR-mäßig" bekommen, waren aber auch durch die vielen Drohungen verunsichert. Zudem tauchten fabrizierte Dokumente auf, die Aktionen wie "Eindringen auf einem Floss auf der Wupper" etc. auflisteten. Wir wollten weder uns, noch andere verheizen, und mit der Absage auch eine Diffamierung und Ablenkungskampagne ins Leere laufen lassen. Im Gegensatz zu Vermutungen einiger besorgter KollegInnen der Verkehrsabteilung, hatten wir nicht den geringsten Drang, uns zu profilieren. Leider hat unser Stillhalten nicht bewirkt, dass wir weiter gemeinsam Protestaktionen ins Auge fassen können.

## There is no business like showbusiness

Es war zu erwarten: Bayer und die große Politik machten sich bei der Einweihung des Technikums gegenseitig den Hof. Wir hörten, dass auch der Gewerkschaftsvorsitzende Hubertus Schmoldt da war. Zu uns ist nicht durchgedrungen, dass er sich die Sorgen der Arbeitnehmer angehört oder diese gar zum Ausdruck gebracht hätte.



Vielen Dank an alle, die mit Ihrer Spende das Erscheinen dieser Zeitung ermöglichen.  
Unsere Konto-Nr.: 4760625, Commerzbank Wpt., BLZ 33040001,  
Kennwort : Hochwald/Belegschaftsliste



Am 19. Oktober 2000 sollte der Betriebsrat über ein Kündigungsbegehren der Personalabteilung für einen Mitarbeiter entscheiden. Die Personalabteilung führte über Jahre angestiegene, krankheitsbedingte Fehlzeiten als Begründung an. Im Jahre 2000 war der Mitarbeiter tatsächlich fast zur Hälfte nicht an seinem Arbeitsplatz. 2 schwere Erkrankungen mit Krankenhausaufenthalten, jede für sich unter

Umständen lebensbedrohlich, waren die Ursache. Doch das war für die Personalabteilung zuviel: Sie sprach jetzt die Kündigung aus.

### Anwalt statt Richter

Und der Betriebsrat? Die bekannte Mehrheit im Betriebsrat sah sich nicht in der Lage, dem Kündigungsbegehren der Personalabteilung zu widersprechen. "Irgend-

wo muss mal eine Grenze sein..." war die Rechtfertigung der "IGBCE/UA- Hobbyrichter".

Richtig ist, dass ein Widerspruch des Betriebsrates leider nicht bedeutet, dass Bayer nicht mehr kündigen darf. Aber die Chancen des Kollegen, vor dem Arbeitsgericht eine Weiterbeschäftigung zu erstreiten, sind mit solchen Gebaren der Betriebsratskollegen "sehr erschwert".

Besonders geschockt von der Diskussion einzelner Betriebsräte waren u.a. die Ersatzmitglieder der Belegschaftsliste, die Kollegen **Giuseppe Sgroi, Detlef Helmes und Hilmar Hecker.**



*"Hier wird die Befindlichkeit von Betriebsräten, sich mit einem Widerspruch zur Kündigung vielleicht vor Gericht zu blamieren, höher eingestuft, als die mögliche Hilfe und der Zuspruch für den zur Kündigung vorgesehenen Kollegen,"*

*"Ich hatte den Eindruck, dass einzelne Betriebsräte die Kündigung von erkrankten Kollegen als ihren visionären Beitrag zur Standortsicherung ansehen - und die Kündigung des Kollegen verständnisvoll akzeptierten!"*

meinte **Giuseppe Sgroi**. Und weiter:



**Detlef Helmes:**  
*"Ich habe das Betriebsratsamt bislang als Unterstützung für die Beschäftigten verstanden."*

**Hilmar Hecker:**

*"Lafontaine sagte einst: Das Herz schlägt links... Ich sage den KollegInnen des Betriebsrates, die nicht den Mumm hatten, für den Widerspruch zur Kündigung des Mitarbeiters zu votieren: Ihr habt ein 'kaltes Herz'. Darüber hinaus habt ihr gerade in der jetzigen Zeit Solidarität vermissen lassen. Wahrhaft eine blamable Haltung!"*



## Böse Ahnung

Schon nach der letzten Versammlung der betrieblichen Vertrauensleute am 16.10. schien deutlich zu werden, dass der Bayer-Vorstand und deren Verantwortliche die Pläne zur Ausgliederung und die Sparpläne, genannt Standortvereinbarung, durchziehen wollen.

Hatte man vorher noch den Eindruck, dass mit Hilfe des Betriebsrates und der Gewerkschaft hierzu eine Gegenwehr organisiert wird, waren die Ausführungen von Beumann, Comel, Langhammer zusammen mit dem Personalabteilungsvertreter Schuster und dem Werksleiter Bahnmüller eindeutig: Ruhe und Verhandeln ist die erste Bürgerpflicht. Zum Vorgehen der Bayer AG möchten wir einige Kurzkomentare wiedergeben.

**Helmut Späth, FZ:** *Aktuelles Vision 2010-Plakat: "Kosten senken: Konzentration auf das Wesentliche" 2300 Beschäftigte sind "eingesparte Wesen!!" Vision 2010: "Kein Traum....ein Alptraum!!"*

**Werner, Opitz (Bayer AG Leverkusen):** *Ich bin erschüttert, dass die Bayer AG in Zeiten, wo ein Rekordjahr das andere jagt, die Dienstleistungsbereiche ausgegliedert und den KollegInnen über die Öffnungsklausel oder Haustarife (der IG BCE) an ihr Entgelt und damit an die Lebensgrundlage auch ihrer Familien gegangen wird. Wann ist die Grenze der Profitgier erreicht? Wo bleibt die soziale und gesellschaftliche Verantwortung?*

**Ralf Hochwald:** *Nachdem ich die Stimmung und den Kampfgeist von Willy Beumann auf den Informations-*

*veranstaltungen Mitte Oktober im Kantinenaufgang Geb. 308 und in Geb. 459 miterlebt habe, war ich doch etwas verwundert, wie sich jemand innerhalb von 4 Tagen so drehen kann. Die kritischen Beiträge von den Kolleginnen und Kollegen wurden nicht nur von der Personal- und Werksleitung versucht zu dämpfen, auch Willy Beumann und Klaus Comel haben versucht, die Feuer auszutreten, die das Unternehmen entfacht hat.*

*(Eindruck von Ralf Hochwald von der Vertrauensleuteversammlung am 16.10.00, Elberfeld)*

**Sebastian Eck, 29 Jahre, Chemielaborant Leverkusen** *Die Firmenleitung zieht in kleinen Schritten Verschlechterungen für die Belegschaft durch. Warum sollte sie damit aufhören? Meiner Meinung nach nur, wenn wir die Samthandschuhe durch Boxhandschuhe ersetzen. Die Leistung des Vorstandes*

*besteht darin, die Beschäftigten runter zu kürzen und uns gebetsmühlenartig mit Phrasen wie verschärften Wettbewerb, Synergieeffekte, Produktivitätssteigerung usw. zu zuschütten.. Sehr innovativ! Herr Schneider drängt KollegInnen mit 55 in Rente zu gehen, will selbst aber bis 62 machen. Wieso geht er nicht?*

*Wegen der Macht oder des Geldes? Für Schneider & CO könnte man ein paar Langzeitarbeitslose einstellen. Die wären eine Minimierung dieses Kostenfaktors und das würde zur Standortsicherung beitragen.*

**Andreas Simon:** *Ich fand die Veranstaltung deprimierend. Ich glaube, dass dieses Unternehmen seinen Stiefel so durchziehen wird! (Meinungsbild zu der Vertrauensleuteversammlung am 16.10.00 von Andreas Simon, Elberfeld)*

# Rot-Grüne Regierung will die gesetzliche Rente sturmreif schießen

Seit Monaten werden wir mit der Behauptung, die Rente sei zukünftig nicht mehr finanzierbar, von Regierung, Unternehmern, Presse und IG BCE bombardiert. Wie sieht aber die Realität aus? Nach Berechnungen des VDR (Verband Deutscher Rentenversicherungsträger) ergibt sich folgendes Bild:

	2001	2010	2020	2030
Beitragssatz ohne „Reform“	19,1	19,6	20,5	23,6
Beitragssatz mit „Reform“	19,1	18,7	19,7	21,9

Für eine erwartete Beitragsatzdifferenz von 0,85 % bis 2030, jeweils für Arbeitgeber und Beschäftigte, wird behauptet, die Rente sei nicht mehr zu finanzieren. Es wird einfach die politische Obergrenze des Rentenbeitrages von 22 % festgelegt und dann behauptet, alles darüber sei nicht finanzierbar. Also wird ein Gesetzeswerk mit dem blumigen Namen Altersvermögensaufbaugesetz (AVAG) zur Diskussion gestellt.

Dieses Gesetz soll ab 2001 gelten, die staatliche Förderung der kapitalgedeckten Altersvorsorge aber erst 2002 beginnen mit der Begründung, die Belastung insbesondere der Länder wäre im nächsten Jahr zu hoch..

Ein Beispiel (Alleinstehender ohne Kind, 2008):

Jahres-Brutto	30.000 DM	100.000 DM
Prämie 4%	1.200 DM	4.000 DM
A. Zulage	300 DM	300 DM
B. Steuerersparnis	284 DM	1.549 DM

Dies kostet den Bund ab 2008 jährlich ca. 20 Mrd. DM. Würde dieser Betrag in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt, könnte der Beitragssatz um mehr als 1 % gesenkt werden.

Damit auch möglichst viele Versicherte die private Vorsorge finanzieren, wird ab 2011 die Rente jährlich um 0,3 % gekürzt, bis 2030 dann 6 % Kürzung erreicht sind. Dies führt zu einer Senkung des Rentenniveaus auf 61 % und zu einer massiven Erhöhung des Arbeitnehmeranteils zur Altersvorsorge. Denn der Beitrag zur kapitalgedeckten Altersvorsorge wird nur vom Arbeitnehmer alleine gezahlt. Dies bedeutet im Jahr 2030 ca. 15 % Beitrag, während der Arbeitgeber nur circa 11 % bezahlen muss.

Keine Entlastung für die Jüngeren

## Keine Entlastung für die Jüngeren

Dies als Entlastung der jüngeren Generation zu bezeichnen, ist reiner Zynismus. Da nützt es auch nicht viel, wenn darauf hingewiesen wird, die private Altersvorsorge sei freiwillig, denn die Renten kürzung hat Folgen. Werden diese Rentenpläne so durchgesetzt, sinkt die gesetzliche Rente sehr nahe an das Sozialhilfeniveau, denn alle Durchschnittsberechnungen gehen von dem Idealrentner mit 45 Beitragsjahren aus. Doch

welcher Arbeitnehmer erfüllt heute noch diese Idealvorstellung?



Bei der IG Metall gab's wenigstens noch Rückenwind...!

## Systemwechsel in der Rentenpolitik

Mit der jetzt vorgesehenen Rentenreform hat der Bundesarbeitsminister eine grundlegende Wende in der Rentenpolitik vorgenommen. Ziel soll es jetzt nicht mehr sein, ein bestimmtes Rentenniveau zu sichern, sondern den Beitragssatz zu stabilisieren und ihn bis 2030 unter 22 Prozent zu halten. Damit wird das Sicherungsziel der Rentenversicherung im Ergebnis offen gelassen. Ihr Sicherungsniveau soll heruntergefahren werden zugunsten einer privaten Vorsorge, die weniger Risiken absichert und von der lediglich gefordert wird, dass sie die entrichteten Beiträge zurückzahlt.

Es geht das Gerücht um, Banken, Versicherungen, usw. feiern jetzt schon täglich Champagner- und Kaviarpartys.

Fortsetzung folgt, denn fast täglich kommen Änderungen zu diesem Rentenvorhaben der Regierung, auch wenn der Kanzler sagt:

**"BASTA, das wird jetzt so gemacht."**

Noch im vergangenen Jahr hat die SPD- Bundesregierung den "demographischen Faktor" von Alt- Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) "unanständig" genannt. Nach Blüms Plänen wäre die gesetzliche Standardrente von 70 auf 64 Prozent des Nettoeinkommens gesunken.

### Was ist die Steigerung von "unanständig"?

Nach den Plänen des Arbeitsministers Riester (SPD) würde die Standardrente bis zum Jahr 2030 auf 63 Prozent sinken, bis 2050 auf 54 Prozent.

(Aus: **metall**, 7-8/2000)

## Gewerkschafter entlassen

Bayer hat in der Nähe von Rio de Janeiro einen Pharma-Verkäufer, der gewählter Gewerkschaftsvertreter ist, ohne einen einzigen Vorwurf zu erheben, Ende August entlassen. Der Kollege Eugenio Lima wurde schon in der Zeit vor seinem Rauschmiss von seinen Vorgesetzten benachteiligt. So wurde z.B. die Anzahl der zu besuchenden Ärzte drastisch zusammengestrichen, was sich auf sein Gehalt, das zu einem Teil aus Erfolgsprämie besteht, ausgewirkt hat. Zusätzlich verweigerte

man ihm Informationsmaterial, Muster und Proben, die er wie in der Branche üblich, bei Ärzten hätte vorlegen können.

Gewählte Gewerkschaftsvertreter genießen auch in Brasilien Kündigungsschutz. Bayer do Brasil hat eine skandalöse Geschichte, was den Umgang mit Arbeitnehmervertretern angeht. Wir haben immer wieder darüber berichtet. Eugenio Lima, verheiratet, zwei Kinder, ist nicht der erste, sondern einer von vielen, die das Unternehmen auf die

Strasse gesetzt hat. In mehreren Fällen ist es gelungen, durch Solidarität hier in Deutschland die Wiedereinstellung zu erreichen. Wir hoffen, dass auch in diesem Fall in Zusammenarbeit mit deutschen und brasilianischen Gewerkschaftern Bayer zur Rücknahme dieses Gesetzesverstoßes überzeugt werden kann. Arbeitsgerichtliche Verfahren dauern häufig Jahre, was die Kollegen oft finanziell nicht durchhalten können, selbst wenn sie die ersten Verfahren gewonnen haben.

# Betriebsrat billigt Zulagenabsenkungen

Schon lange war es der Wunsch der Personalleitung, die im Werk Elberfeld gezahlten Erschwerniszulagen zu kürzen. Jetzt zahlt es sich aus, dass die Personalleitung die IG-BCE- Betriebsräte im November 1999 durch den externen Sachverständigen Prof. Müller von der Uni Wuppertal überzeugt hat. Seit dem wurden nahezu alle Produktionsgebäude im Werk an der Wupper von Personalabteilung, Betriebsrat und dem Sachverständigen begangen. Bis auf den zuerst begangenen Betrieb PH-TR, Geb. 90, ermittelte Prof. Müller wesentlich geringere Erschwernisse, als heute vergütet werden. Ein Grund hierfür ist die vom ihm praktizierte formalistische Beurteilungsmatrix, die gewährleisten soll, dass vergleichbare Bedingungen

auch gleich bewertet werden. Leider bewirkt seine Betrachtung aber auch, dass immer weniger Erschwernisse bei der Bewertung als zulagenrelevant eingestuft werden. Im Übrigen sind wir der Auffassung, dass die im Tarifvertrag und der Gesamtbetriebsvereinbarung vorgesehenen Regelungen andere Betrachtungen zulassen.

**Deshalb lehnt die Belegschaftsliste die durch den Sachverständigen Prof. Müller vorgeschlagenen Bewertungen und somit niedrigeren Erschwerniszulagen ab.**

Die Absenkungen sollen ab Januar 2001 umgesetzt werden, der Betriebsrat stimmte der Neuregelung am 3.11.2000 mehrheitlich zu.

Betrieb	Gebäude	Bisherige Erschwernis	Neue Erschwernis ab 1.1.2001
PH-TO WP 1/3	222, 224, 228	C 50	C 30
PH-TO WP 7	11, 71, 72	-	-
PH-TO WP 5	120, 152, 153	C 75	C 30
PH-TO WP 2/4/6 TAR (Ausnahme Geb. 16/17, bleibt noch B 100)	9, 8	B 100	C 10 C 70 bzw. C 100 bei Umbaumaßnahmen
PH-TO WP Techn. Raum	90	C 50	C 50
PH-OP Biotechnologie	226 N + S	B 100	C 50
PH-OP Chem. Entwickl.	2, 3, 8, 64, 70, 80	B 100	C 50
ZL- Verkehrsbetriebe	235	C 30	individuell, gleichbleibend

C 100 = 100% Zulagenstufe "C", d.h. monatlich ca. DM 108,- brutto Erschwerniszulage.  
B 100 = 100% Zulagenstufe "B", d.h. monatlich ca. DM 144,- brutto Erschwerniszulage.

# Mausefalle

Am 3.11.2000 gab die IG BCE/UA- Betriebsratsfraktion dem Werkschutzchef grünes Licht: Das TOR 1 kann ab 20.00 Uhr bis zum nächsten Morgen um 6.00 Uhr abgeschlossen werden. Gleiches gilt zukünftig für fast das gesamte Wochenende.

Wer dennoch rein oder raus will, muss entweder die Drehtore nutzen - oder soll von der Sicherheitszentrale per Videokamera überwacht herein- bzw. herauskommen dürfen. Am Tor 1 wird zuvor noch ein Drehtor installiert.

Die Belegschaftsliste hatte vergeblich argumentiert, dass ein mit Personen besetzter Pfortner aus Sicherheitsgründen solange vorzuhalten sei, wie auch Mitarbeiter rund um die Uhr regelmäßig im Werk arbeiten. Dass aber kümmerte die BetriebsratskollegInnen wenig. Für sie waren wohl die Unternehmensgründe wichtiger: Arbeitsplätze wegrationalisieren hat Vorrang vor dem Sicherheitsgefühl der Schichtkollegen in den Betrieben.

Da bleibt uns nur gemeinsam mit den SchichtkollegInnen zu hoffen, dass die Werkstore zum Beispiel im Gefahrenfall nicht zur "vollautomatischen Mausefalle" werden.....

## Spruch der Woche

Klaus Comel: "Bayer hat zig Millionen investiert, da muss man es auch verkaufen, dass es keine Lästigkeiten und damit auch keine Zulagen mehr gibt.".....

